

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen in Rat und Verwaltung,

die Haltbarkeitsdauer des aktuellen Doppelhaushalts neigt sich dem Ende, und es ist an der Zeit die Perspektiven unserer Arbeit für das kommende Jahr darzustellen. Der Haushalt 2014 steht an. Hierzu möchte ich Ihnen meine Schwerpunkte vorstellen.

Das alles unter der Überschrift „ausgeglichener Haushalt 2021“! – Stellen Sie sich diese Headline bitte in dicken, fetten Lettern vor. Diese Lettern werfen einerseits einen deutlichen und langen Schatten, andererseits lassen sie auch hier und dort Licht durchschimmern. Diese Lichtblicke sind wichtig. Denn: Wir wollen ja nicht im Schatten verkümmern. Wir wollen Bewährtes festigen, Neues nachhaltig säen und damit unsere Stadt voranbringen.

Zu pflanzen, zu hegen und zu pflegen, da gibt es einiges. Ich möchte vier Punkte herausgreifen, die mir besonders wichtig sind:

1. die Schulsanierungen
2. unsere Personalentwicklung
3. die Chance zum Bau eines neuen Stadthauses und
4. die Pflege unseres Stadtbildes

Und abschließend möchte ich die Frage beantworten, wie sich aus meiner Sicht unsere städtischen Einnahmen stabilisieren, möglicherweise auch steigern lassen, um die Vielfalt unserer Aufgaben auch finanzieren zu können.

Die Schulsanierungen

Über die Schulsanierungen als wesentlichste aller Aufgaben sind wir uns einig. Sie sind fester Bestandteil unserer künftigen Haushalte – mit den beiden „großen Sanierungsstandorten“ fix bis 2018.

Über das bereits Beschlossene und *daher* Selbstverständliche müssen wir aber nicht mehr diskutieren. Wichtig ist nur unser Signal an die Schulen: Ihr genießt die oberste Priorität! Dass mancher Elternvertreter sich eine immer noch etwas schnellere Erledigung wünscht mit dem Argument „Mein Kind hat ja nichts mehr von den Sanierungen“, das ist nun mal so. Wir wissen ja, dass die Schulgemeinden in der Regel sehr kooperativ, verständnisvoll und realistisch, um nicht zu sagen: bescheiden sind! Dort erwartet man das Beste von der Stadt, aber keine Wunder. Danke dafür!

Bildung für unsere Kinder ... *Wir* werden unsere Hausaufgaben machen. Die Hardware alleine – sprich die Schulgebäude zu sanieren und auf Vordermann zubringen – reicht aber nicht. Die Software mit dem pädagogischen Part ist eigentlich von noch größerer Bedeutung. Was nutzen uns die tollsten Schulbauten, wenn sich am pädagogischen Inhalt Mängel auftun: Unterrichtsausfälle, Streichung von Vertretungsstellen, Besoldungsstillstand bei den Lehrern --- ganz zu schweigen von den großen Klassen... Lernen geht nur mit guten Lehrern. Hier ist das Land in der Pflicht. Also: Bitte in Düsseldorf nicht reden, sondern handeln.

Unsere Personalentwicklung

Komme ich zu einem anderen wesentlichen Knackpunkt, der uns aktuell schon beschäftigt, aber in der Zukunft noch dringlicher wird: Die Personalsituation der Stadt.

Über die letzten Jahre hinweg haben wir drastisch Personal abgebaut – und das bei zunehmenden Aufgaben. 2010 gab es den von Ihnen, meine Damen und Herren, verordneten Personaldeckel. Wir haben ihn in 2011 und 2012 eingehalten. Mehr noch, wir haben ihn 2010 und 2011 sogar um mehr als 3 Millionen Euro unterschritten. Und auch 2012 werden wir unter diesem Deckelbetrag bleiben.

Unsere Personalwirtschaft wurde also äußerst restriktiv geführt. Wir haben alle Tarifsteigerungen im Personaletat aufgefangen, jeder zusätzlichen Ausgabe Einsparungen entgegengesetzt. – Aber, meine Damen und Herren, wir haben jetzt einen kritischen Punkt überschritten! Wir dürfen nicht weiter am Personal sparen!!! Wir können nicht mehr jede Tarifierhöhung durch Wiederbesetzungssperren und künftig wegfallende Stellen auffangen. Denn: Uns fehlt in vielen Bereichen schon heute das Personal für die zunehmenden und immer komplexeren Aufgaben.

Unentbehrlich war die Einstellung von elf Fachleuten bei der Feuerwehr – der Gesetzgeber verlangte es. Weitere zwei kommen über den neuen Stellenplan hinzu.

Sieben Sozialarbeiter wurden dringend benötigt, weil in diesem Bereich einfach zu viele Fälle zu bearbeiten sind. Wir müssen uns klar darüber sein, dass sich hinter dem abstrakten Begriff „Fall“ ganz konkrete schwierige, manchmal tragische Menschenschicksale verbergen. Ja, als Gesellschaft wollen wir diese Schicksale ernst nehmen und mit Sensibilität, Zeit und Verantwortungsbewusstsein begleiten.

Als Vorgesetzter von rund 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern muss ich ein weiteres Problem ganz deutlich ansprechen: Die zunehmende und auch krank machende Mehrbelastung meiner Kolleginnen und Kollegen.

Ein Beispiel: Es gibt Bereiche, in denen Abteilungsleiter keine Vertretung haben, etwa weil die Vertretung krank ist, oder weil eine Stelle einfach nicht besetzt ist. Sie kommen also aus dem Urlaub und sehen sich einem Berg unbearbeiteter Anliegen gegenüber. Jedes Anliegen ist natürlich aus der Sicht des Gegenübers brandeilig und bevorzugt zu behandeln. Wie oft, meine Damen und Herren, haben Sie sich in der letzten Zeit über eine „lahme“ Verwaltung beschwert? Zu Recht oder zu Unrecht? Kennen Sie die Hintergründe?

Fakt ist: Mehr als 30 Stellen sind aktuell nicht besetzt. Mehr als 50 Kolleginnen und Kollegen sind nachweislich wegen gesundheitlicher Einschränkungen in ihrer Leistung gemindert. Die Überlastungsanzeigen auf Sachbearbeiter- und Führungsebene nehmen drastisch zu.

Wir mussten bis 2012 Rückstellungen bilden für nicht genommenen Erholungsurlaub in Höhe von 2,14 Millionen Euro. Für Überstunden noch einmal in Höhe von 1,64 Millionen Euro. Das entspricht einem Fehlbedarf von 16.650 Arbeitstagen oder 11,5 Vollzeitstellen.

Ja, wir haben erfolgreich im Personalbereich gespart. Aber ... ist das wirklich erfolgreich? Rein rechnerisch ja. Doch unter „Erfolg“ verstehe ich mehr. Unter Erfolg verstehe ich eine gute, gesunde und belastbare – und eben nicht überlastete - Arbeit in der Stadtverwaltung. Wir müssen schon sehr gut Acht geben, dass der Erfolg im Sinne dieser konstruktiven Arbeit nicht auf der Strecke bleibt.

Weitere Einsparungen im Personalbereich? Nein! Das Ende der Fahnenstange ist erreicht! Mehr geht nicht!

Es sei denn, Sie wollen *Ihre* Dienstleister und damit die Dienstleister der Bürgerinnen und Bürger drücken, demotivieren und alleine lassen.

Es sei denn, Sie wollen hinnehmen, dass der Service gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zukünftig noch stärker leidet. Die Standardsenkungen werden überdeutlich zu Tage treten!

Und das Ganze hat *auch* einen sozialen Aspekt: Die alleinerziehende Mutter, deren befristeter Vertrag auslief, saß nicht bei Ihnen und auch nicht beim Kämmerer weinend am Tisch, sondern in meinem Büro.

Ich persönlich nehme meine Fürsorgepflicht sehr ernst, nicht als bloße Pflicht, sondern aus Überzeugung. Ich möchte die Kreativität, das Verantwortungsbewusstsein und das vielfältige Engagement meiner Kolleginnen und Kollegen zukünftig durch eine ausgewogene Personalpolitik unterstützen! Ich möchte weiterhin auf kompetente und einsatzfreudige Kolleginnen und Kollegen bauen, die sich für ihre und unsere Stadt Bergisch Gladbach aus Überzeugung stark machen.

Vor einigen Wochen haben Prof. Dr. Christoph Hommerich und seine Tochter Nicole Reiß ihre Bürgerbefragung für das Standesamt und das Bürgerbüro vorgestellt ... mit einem herausragend guten Ergebnis. Vor dem Hintergrund der soeben dargelegten Rahmenbedingungen grenzt dieses Ergebnis an ein Wunder. Ein Wunder, das die Kolleginnen und Kollegen bewirken --- Tag für Tag --- weil sie sich engagieren – über das normale Maß hinaus, weil sie ganz bewusst und mit Freundlichkeit die Stadt Bergisch Gladbach vertreten. Danken wir ihnen ihren Einsatz damit, dass wir endlich aufhören, ihre Bereitschaft immer mehr zu strapazieren!

Die Chance zum Bau eines neuen Stadthauses

In diesen Kontext passen die Überlegungen für den Bau eines neuen Stadthauses.

In der Vergangenheit hat die Stadt immer die ausgedienten Häuser anderer geerbt: vom Finanzamt, vom Kreis, vom Arbeitsamt. Diese drei haben längst allesamt neu gebaut, zum Teil mit unserem Geld. Wir dagegen haben die Ausschussware mehr schlecht als recht aufgepäppelt.

Wir haben als Stadtverwaltung viele Unzulänglichkeiten hingenommen. Was aber nun nicht mehr länger hinzunehmen ist, das ist der akute Sanierungsstau.

Die Stadtverwaltung darf nicht eine Behörde dritter, vierter oder fünfter Klasse sein. Wir haben den meisten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern.

Kurze Wege, zentrale Anlaufstellen – das ist es, was für die Menschen in unserer Stadt wichtig und richtig ist. Wir haben also einen ernst zu nehmenden Bedarf an zeitgemäßen Verwaltungsgebäuden, und vor allem an Platz – ganz besonders in der Jugend- und Sozialarbeit. Hier werden schließlich vertrauliche Gespräche geführt.

Natürlich sind auch wir der Mitarbeiterschaft der Stadtverwaltung ein ordentliches Arbeitsambiente schuldig, in dem man sommers wie winters bei erträglichen Temperaturen arbeiten kann, mit intakten und sauberen Toiletten für die Kollegenschaft und für die Besucher.

Der Plan, am Kopfgelände des Bahnhofs in der Stadtmitte ein neues Stadthaus zu errichten, das zeitgemäße Büro-, Bücherei- und Archivräume vorhält, ist nicht unbeschneiden. Und daher prüfen wir in großer Sachlichkeit die Frage, ob uns unsere Kostenrechnung einen Weg aufzeigt, der von allen Beteiligten bis hin zu den Aufsichtsbehörden mitgetragen werden kann.

Dazu bedarf es ganz konkret *Ihrer* Unterstützung. --- Außerdem würde ein solcher Neubau auch den Schandfleck am Bahnhof beseitigen. Auch ein wichtiges Argument.

Die Pflege unseres Stadtbildes

Auf eine weitere, neue Ausgabeposition möchte ich Sie gezielt hinweisen. Auch diese geht einher mit fehlendem Personal. Für Sie, für alle Bürger und Gäste ist ein gepflegtes Stadtbild wichtig. Am Pflegenotstand unserer Anlagen und Plätze nehmen die meisten Anstoß und äußern ihn auch ... in Emails, in Telefonaten und in Gesprächen. In jedem Frühjahr - natürlich - häufen sich solche Meldungen und damit auch die Kritik.

Als die beiden Städte Bensberg und Bergisch Gladbach zusammengelegt wurden, gab es mehr als 60 Stellen in der städtischen Grünpflege. Diese Stellen wurden bis Anfang der 90er Jahre auf 36 zusammengeschrumpft. Heute sind 21 Stellen übrig geblieben, von denen eine nicht besetzt ist. Gleichzeitig sind neu zu pflegende Grünflächen hinzugekommen, z.B. der Park an der Steinbreche, die Parkanlagen im Herman-Löns-Viertel oder an der Offermannstraße.

Leistungen extern einzukaufen, hilft bei dem eher schmalen Budget letztlich nicht. Immer bleiben etliche Flächen auf der Strecke. Und das angesichts der bei uns in Deutschland zu Recht so wichtigen Verkehrssicherungspflicht.

Sie finden daher im Haushaltsplan 2014 einen neuen Posten von 180.000 € zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an öffentlichen Grünflächen.

Dieser Betrag ist insbesondere dafür gedacht, den Verkehrsraum zu sichern: kein Grün, das auf die Straße oder die Gehwege rankt.

Das Geld ist auch dafür gedacht, die Abteilung StadtGrün zu unterstützen. Dies allerdings nicht über neue Stellen, sondern über die GL-Service, unsere stadteigene GmbH.

Hier soll eine Art Task Force entstehen, die überall dort zur Stelle ist, wo aus Verkehrssicherungsgründen Grünflächen gepflegt werden müssen. Wir möchten dazu auch ein Bürgertelefon einrichten, das Missstände entgegen nimmt.

Warum wählen wir diesen Weg?

Wir möchten insbesondere auch die Idee der GL-Service stärken, nämlich Arbeitslose sozialversicherungspflichtig beschäftigen, um ihre Rückkehr in das Berufsleben zu erleichtern, ihnen Wege zu ebnen.

Eine Anmerkung an die Ratsvertreter zu meiner ganz linken Seite: Es handelt sich hier nicht um 1-Euro-Jobs, sondern um *sozialversicherungspflichtige* Beschäftigung! Die Betroffenen können hier zwar nicht reich werden, aber *erfolgreich* --- und vermittelbar für andere Firmen. Das ist eine ganz wichtige persönliche Perspektive!

Fassen wir zusammen: Diese aufgezeigte Lösung bietet drei Vorteile:

Eine verbesserte Verkehrssicherheit, eine aktive Wiedereingliederung von Menschen ohne Arbeit in das Berufsleben ... und als charmanter Nebeneffekt auch ein gepflegteres Stadtbild.

Mit stabilen Einnahmen Ausgaben finanzieren

Ja, das alles kostet Geld und dazu müssen noch die zahlreichen Pflichtaufgaben gestemmt werden. Das geht nur mit stabilen Einnahmen.

Von Bund und Land bekommen wir keine weitere Unterstützung – sieht man von den gesetzten Steuer- und Schlüsselzuweisungen ab.

Die angekündigte Beteiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nehmen wir gerne an. Und selbstverständlich verbinde ich damit die Erwartung, dass diese Einsparungen, die zunächst beim Landschaftsverband ankommen, von diesem vollständig an seine Umlagegeber weitergereicht werden. Ich habe auch keine Sorge, dass unser kommunalfreundlicher Kreis dann die Kommunen profitieren lässt!

Und weiter??? Was haben wir weiter zu erwarten???

Die Landesregierung hat sich etwas ganz Schlaues ausgedacht: Sie bestraft die Kommunen, die gut und vorausschauend gewirtschaftet haben, mit einem Kommunalsoli. Es ist reiner Hohn! Dabei hat die Stadt Bergisch Gladbach noch Glück gehabt. Ich hätte nicht gedacht, dass ich an unseren aktuellen Finanzproblemen etwas Positives hätte entdecken könnte.

Aber: Wir sind gerade noch arm genug, um nicht zu den Geberkommunen zu zählen. Und wir sind „zu reich“, um zu den Nehmern zu zählen. Doch wie schnell wechselt man die Seiten in diesem Stärkungspakt?

Ich habe nichts dagegen, dass eine rotgrüne Regierung die Städte im Ruhrgebiet betuttelt, aber bitte nicht mit dem Geld, das andere Kommunen unter viel eigenem Verzicht mühsam erwirtschaftet haben. Wer hat da noch Lust zu sparen und wirtschaftlich zu handeln?

Über eine weitere Institution bin ich ebenso richtig verärgert: den Landschaftsverband. Die Umlagefinanzierung des LVR bringt mich schlichtweg auf die Palme: Die Landschaftsumlage ist alleine zwischen 2010 und 2013 von 2.023.244.568 Euro auf 2.241.360.699 Euro gestiegen. In vier Jahren also um 218.116.131 Euro – eine Steigerung um fast 11 Prozent!

Deshalb werden wir als Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Hauptverwaltungsbeamten im Rheinisch-Bergischen Kreis uns dagegen stemmen, um eine Senkung zu erreichen. Dafür dürfen Sie mir gerne Glück wünschen!

In der Bergischen Landeszeitung vom 2. Oktober war zu lesen: „LVR fördert Kultur in Rhein-Berg“ – Untertitel „Zukunft des Bensberger Museums ist gesichert“ – Toll! Müssten wir an den Landschaftsverband nicht eine opulente Umlage zahlen, könnten wir unsere Kultur selbst fördern – und dann nicht nur über gnädige drei Jahre, sondern grundsätzlich und anhaltend. Der Landschaftsverband tut zweifellos Gutes, aber mit unserem Geld - über das wir viel besser selbst entscheiden könnten!

Was bleibt zu tun? Wir müssen uns selbst helfen!

Stadtwerke

Ein Ansatz dazu, für den ich hier wohl nicht werben muss, denn er wird von einer breiten Mehrheit getragen, ist die Gründung von Stadtwerken. Warum sollen wir fremde Energiekonzerne „sponsern“, wenn das Geld in der Stadt bei den Bürgerinnen und Bürgern bleiben kann – um es einmal ganz platt zu sagen. Über den Verfahrensstand sind Sie ja informiert. Wir befinden uns bereits auf der Zielgeraden.

Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung steht für mich immer ganz oben auf der Agenda. Damit natürlich auch die Gewerbesteuereinnahmen, die sich gegenwärtig gut entwickeln.

Wir sind optimistisch, dass das Jahresergebnis um rd. 5,8 Mio. € besser ausfallen wird als der Haushaltsansatz - abzüglich der Mehraufwendungen bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von rund 870.000 €. Da halten dann wieder andere die Hand auf...

Stadtentwicklungsbetrieb

Im Rahmen des Stadtentwicklungsbetriebs arbeiten wir konsequent an der Kontaktpflege zu den Unternehmen - regelmäßige Firmenbesuche - und wir arbeiten an der Ausweisung von Gewerbeflächen, Beispiel: Obereschbach. Der Schlüssel für den gesamtstädtischen Wohlstand ist unsere gute, solide mittelständische Wirtschaft. Unsere Unternehmen und auch solche, die sich hier künftig ansiedeln oder expandieren, werden für Arbeitsplätze und Konsum sorgen, und auch für wertvolle Gewerbesteuereinnahmen!

Fazit:

Bei der vom Land vorgegebenen 10-jährigen Finanzplanung liegen wir gut im Rennen. Die Konsolidierungsmaßnahmen, die wir frühzeitig ab 2010 getroffen haben, wirken sich positiv aus. Nur dadurch konnten wir den OHS und dem NCG eine verlässliche Perspektive für die Sanierungen geben!

Und: Wir haben im vergangenen Jahr erstmals Schulden abbauen können! Der Eigenkapitalverzehr wurde abgebaut und verlangsamt. Wir bleiben im Haushaltssicherungskonzept und werden 2021 - ein Jahr früher als verlangt - einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen können – vorausgesetzt, uns spuckt keiner von außen in die Suppe!

Meine Damen und Herren,

meine letzte Haushaltsrede am 14. Februar 2012 habe ich mit den Worten geschlossen: „Wir müssen es versuchen, wieder auf die Beine zu kommen und unsere Stadt unabhängig von der Kommunalaufsicht zu gestalten.“

Dieses Ziel verfolgen wir weiter, das ist klar. Wir sind auf einem guten Weg. Auch das ist klar. Hinzufügen möchte ich aber heute: Dieser Weg darf nicht länger Zulasten der Stadtverwaltung gehen – sie ist das Gerüst unserer Stadt. Wenn dieses nicht mehr trägt --- leiden alle Menschen, die in Bergisch Gladbach leben und arbeiten. Darum gehen wir diesen Weg sensibel weiter und nutzen wir jede Chance, unser Schicksal als Stadt unabhängig und souverän zu gestalten!